



Sozialdemokratische Partei der Schweiz · Parti socialiste suisse
Partito socialista svizzero · Partida socialdemocratica da la Svizra

Express
An den Bundesrat
Bundeshaus

3003 Bern

Bern, den 9. Juni 1990

Verhandlungen über einen EWR-Vertrag

Sehr geehrter Herr Bundespräsident
Sehr geehrte Herren Bundesräte

Der Bundesrat ist zur Zeit daran, das Verhandlungsmandat der Schweiz über den EWR-Vertrag zu definieren. Die Geschäftsleitung der SPS hat deshalb an ihrer Sitzung vom 8./9. Juni ein Positionspapier dazu erarbeitet und möchte den Bundesrat dazu aufrufen, bei der Festlegung der Verhandlungsposition der Schweiz die Ueberlegungen und Anliegen der SPS zu berücksichtigen.

Mit freundlichen Grüssen

SOZIALDEMOKRATISCHE PARTEI
DER SCHWEIZ

Peter Bodenmann, Präsident

Beilage erwähnt



SP-Schweiz gelangt an den Bundesrat

Chance für ein soziales und ökologisches Europa nutzen

Die Verhandlungen zwischen der EG und der EFTA beginnen in den nächsten Wochen. Zur Zeit definiert der Bundesrat das Verhandlungsmandat der Schweiz. Dies geschieht weitgehend unter Ausschluss der Öffentlichkeit..

Die SP-Schweiz gelangt deshalb an den Bundesrat, um ihm ihre Stellung zu verdeutlichen.

Wir leben im Zentrum Europas. Kein anderes Land ist pro Kopf der Bevölkerung wirtschaftlich mit dem EG-Raum enger verbunden denn die Schweiz. Der Aufbau Europas kann für uns eine Chance sein. Trotzdem müssen wir festhalten:

- . Europa ist heute in erster Linie noch das Europa der Konzerne und nicht der Arbeitenden. Dort, wo im Rahmen der EG sozialer Fortschritt realisiert wurde oder absehbar ist, will der Vorort des Handels- und Industrievereins bezeichnenderweise Ausnahmen.

- . Die EG vernachlässigt heute in unzulässiger Weise die Probleme der Umwelt. Eine Anpassung an die tieferen EG-Umweltnormen und das Verkehrsrecht darf für die Schweiz nicht verhandelbar sein. Wir müssen die Möglichkeit haben unsere hohen Standards weiterzuentwickeln.

Die Schweiz muss durch europakompatible Reformen im Innern und eine begrenzte Anzahl von Ausnahmen im Rahmen der EWR-Verhandlungen die soziale und ökologische Dynamik in der Schweiz und in Europa fördern. Wir müssen unseren Beitrag zur Schaffung eines europäischen Sozial- und Umweltraumes leisten. Wir wollen ein soziales und ökologisches Europa, welches in Zukunft demokratischer und föderalistisch strukturiert werden muss. Der europäische Integrationsprozess bietet die Chance abzurüsten und gleichzeitig ein System gemeinsamer Sicherheit auf unserem Kontinent zu schaffen. Europa darf sich im Rahmen eines solchen Prozesses nicht auf Westeuropa beschränken und darf die Solidarität mit der Dritten Welt nicht vergessen.

Auf diesem Hintergrund ist es notwendig, dass die EFTA-Länder im europäischen Wirtschaftsraum ein Mitwirkungsrecht erhalten.

Umwelt und Transporte

Die Schweiz muss die Möglichkeit behalten im Bereich der Umwelt - wie bisher in Europa - eine Pionierrolle zu spielen. Dies darf sich nicht nur auf die bisherigen Umweltnormen beziehen, sondern muss auch die Möglichkeit beinhalten, künftig weitergehendes Umweltrecht zu schaffen.

Für die SP-Schweiz gehören die Güter in der Regel auf die Bahn. Die 28-Tonnen-Limite verbunden mit dem Sonntags- und Nachtfahrverbot muss nicht nur beibehalten werden, sondern künftig ist angesichts der riesigen anstehenden Investitionen in den Gütertransitverkehr

die Verlagerung der Transitgüter auf die Schiene zwingend vorzuschreiben.

Freiheit der Personen

Die Schweiz muss an einer globalen Plafonierung der ausländischen Arbeitskräfte festhalten. Der Grund: Wir haben bereits heute prozentual dreimal mehr ausländische Arbeitskräfte als die Bundesrepublik Deutschland. Umgekehrt ist das Saisonierstatut abzuschaffen. Die Arbeitsbedingungen der Grenzgänger sind durch tripartite Kommissionen zu kontrollieren. Die Plafonierung der ausländische Arbeitskräfte darf nicht durch die Kurzaufenthalter unterlaufen werden.

Arbeit und Gewerkschaften

Die Schweiz muss im Rahmen des europäischen Integrationsprozesses endlich die Sozialcharta unterzeichnen. Vorbehalte im Bereich der Rechte der Gewerkschaften und der Arbeitnehmer sind nicht notwendig. Die Mitbestimmung ist über die EG auch bei uns zu verwirklichen. Das gleiche gilt für die Kontrolle von Fusionen und die Arbeitnehmerrechte bei Kollektiventlassungen.

Bei Arbeitsvergaben der öffentlichen Hand muss nicht nur das EG-Prinzip des Ortes der Ausführung des Werkes gelten, sondern im EWR-Vertrag muss auch die effiziente Kontrolle dieses Prinzipes festgeschrieben werden. In der Schweiz sollen auch ausländische Firmen Schweizer Löhne zahlen.

Lex Furgler

Die Lex Furgler will die Zerstörung von Landschaften und die Spekulation vorab in den touristischen Kantonen verhindern. Dieselben Ziele können wirksamer durch ein neues Boden- und Planungsrecht erreicht werden. Ein Vorbehalt scheint uns hier auf Dauer nicht notwendig, wenn die Schweiz vorgängig ihr Bau- und Planungsrecht ändert.

Stellung der Frauen in der Gesellschaft

In der Schweiz bezahlen Frauen höhere Krankenkassenprämien als Männer. Dies wäre aufgrund des EG-Rechts nicht möglich. Kommt hinzu, dass die EG-Ländern im Gegensatz zur Schweiz einen dreimonatigen Mutterschaftsurlaub kennen. In diesen Bereich bringt die Angleichung an das EG-Recht notwendigen gesellschaftlichen Fortschritt.

Gesellschafts- und Kartellrecht

Die EG kennt ein fortschrittliches Gesellschaftsrecht. So darf niemand darf nach Belieben stille Reserven bilden und auflösen, unliebsame Aktionäre mittels Vinkulierungen vom Markt drängen. Wir begrüßen diesen Fortschritt und die SP-Fraktion wird deshalb in der laufenden Session den Abbruch der Diskussion über die nicht europakompatible Mini-Aktienrechtsreform verlangen.

Kartelle sind in der EG grundsätzlich verboten. Für die Konsumentinnen und Konsumenten bringt dies zusammen mit der Produkthaftung enorme Vorteile.

Wenige Vorbehalte am richtigen Ort

Die SP-Schweiz will nur wenige Vorbehalte. Die Vorbehalte beziehen sich im wesentlichen auf die Zahl der ausländischen Arbeitskräfte und die ökologischen Fragen. Bei der Fremdarbeiterfrage haben wir eine spezielle Ausgangslage. Bei der Umwelt hat die EG ein Defizit. Auf diesen Feldern und nirgends sonst muss der Bundesrat Vorbehalte anbringen. Der Vorort sieht es genau umgekehrt. Im Gegensatz zum ihm wollen wir ein soziales, ökologisches und demokratisches Europa. .